

DARUM STIMME ICH JA

Moderat, strikt zweckgebunden, mit Ablaufdatum

Markus Meier, Landrat SVP, Ormalingen

Die Baselbieter Stimmbevölkerung hat unmissverständlich klargemacht: Die Energiepolitik liegt ihr am Herzen. Darum hat sie 2010 mit einem Urnentscheid beschlossen, dass der Anteil erneuerbarer Energien am Gesamtenergieverbrauch im Kanton bis 2030 auf 40 Prozent



steigen soll (heute 21 Prozent). Zur Erreichung eines energiepolitisch derart ehrgeizigen Ziels stehen zwei Wege zur Verfügung. Die eine Variante bestünde aus staatlichen Zwangsmassnahmen wie Geboten und Verboten sowie Subventionen à gogo für allerlei und keineswegs unbestrittene Technologien. Die zweite Variante ist ein System, das auf wirtschaftlichen Anreizen beruht und auf die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger baut.

Mir ist die zweite Variante lieber. Darum unterstütze ich mit Überzeugung das Erfolgsmodell Baselbieter Energiepaket. Es setzt konsequent auf die Förderung von energetischen Sanierungsmassnahmen etwa bei Gebäudehüllen. Energie, die man nicht verbraucht, ist noch immer die sauberste. Da die vom Landrat im 2010 beschlossenen Förderbeiträge über jährlich 5 Millionen Franken bereits 2018 ausgeschöpft sein werden, gilt es, die weitere Finanzierung sicherzustellen. Angesichts der nach wie vor angespannten finanziellen Lage unseres Kantons ist der Griff in die allgemeine Staatskasse nicht die Lösung. Das würde unweigerlich Steuererhöhungen nach sich ziehen, die wir erfahrungsgemäss nie mehr loswerden.

Viel zielführender ist deshalb die Einführung einer moderaten, strikt zweckgebundenen und erst noch zeitlich klar limitierten Abgabe auf den Verbrauch von nicht erneuerbarer Energie. Moderat ist die Abgabe,

weil das Budget bei einem durchschnittlichen Einfamilienhaus lediglich mit jährlich rund 150 Franken belastet wird. Strikt zweckgebunden ist sie, weil ausschliesslich energetische Sanierungsmassnahmen gefördert werden. Damit erfüllt die Vorlage die verfassungsmässig definierte Kompetenzaufteilung: Die Förderung der Energieeffizienz obliegt nämlich den Kantonen, die Energieversorgung hingegen dem Bund. Zeitlich limitiert ist die Abgabe, weil sie spätestens 2030 abläuft. Falls das entsprechende Förderpotenzial schon früher ausgeschöpft ist, sogar schon eher. Dies ist doppelt garantiert, sowohl im Gesetz als auch in der Verfassung.

Der Hauseigentümerverband Baselland hat zum Thema Energieeffizienzförderung unter seinen Mitgliedern konkrete Umfragen durchgeführt. Fazit: Baselbieter Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer sind bereit, für energetische Sanierungsmassnahmen mehr (im Schnitt plus 20 Prozent) zu bezahlen. Auch bei der Wirtschaft stösst die Energieabgabe auf Zustimmung. Das ist wenig erstaunlich, denn erstens nimmt die Wirtschaft ihre Verantwortung schon seit längerem wahr. Zweitens soll das erfolgreiche Baselbieter Energiepaket auf Industrie und Gewerbe ausgedehnt werden, damit diese weitere Effizienzmassnahmen umsetzen. Und drittens können sich jene Unternehmen, die bereits in energetische Sanierungsmassnahmen investiert haben, von der Abgabe befreien lassen. Dasselbe gilt für Unternehmen, die mit einer vom Kanton anerkannten Organisation wie der «Energieagentur der Wirtschaft (EnaW)» oder «act» entsprechende Vereinbarungen schliessen.

Fazit: Die neue Energieabgabe ist moderat, strikt zweckgebunden und mit einem Ablaufdatum versehen. Und sie ist politisch so breit abgestützt wie kaum eine andere Vorlage. Darum sage auch ich am 27. November zwei Mal Ja zu den Energie-Fördermassnahmen.

DARUM STIMME ICH NEIN

Wahl zwischen Pest und Cholera

Peter Riebli, Gemeindepräsident und Landrat SVP, Buckten

Als Verfechter des Liberalismus störe ich mich grundsätzlich an der Einführung neuer Zwangsabgaben; stören müssten sich eigentlich alle liberalen Kreise und ganz besonders die sich als liberale Wirtschaftspartei verstehende FDP. Meine Ablehnung der Energieabgabe beruht aber nicht einfach auf einer ideologischen Grundhaltung, sondern ist das Resultat einer seriösen Auseinandersetzung mit dem Thema.

Die neue Abgabe soll auf den Verbrauch nicht erneuerbarer Energie erhoben werden und maximal 0,5 Rappen pro Kilowattstunde betragen. Sie soll direkt bei Endverbrauchern und Liegenschaftseigentümern per Selbstdeklaration eingezogen werden. Diese Steuer würde potentiell mehr schaden als nützen. Einerseits verstösst die neue Steuer mit grosser Wahrscheinlichkeit gegen Bundesrecht, da es ausschliesslich dem Bund vorbehalten ist, eine Energieabgabe oder -Steuer zu erheben (die Vorlage würde also bei einer Annahme sicher noch die Justiz beschäftigen), andererseits ist die Erhebung beim Endverbraucher ein bürokratisches Monster. Und wieso soll der Bürger einer noch zu bestimmenden gewinnorientierten Organisation so sensitive Daten wie seinen individuellen Energieverbrauch liefern (und was macht diese Agentur dann, neben der Steuererhebung, noch mit all diesen Daten?). Und drittens verletzt die Vorlage mit ihren Ausnahmen (Betriebe können sich von der Steuer befreien lassen) die Allgemeinverbindlichkeit.

Alle, oder fast alle, sollen zahlen, damit einige wenige profitieren. Niemand saniert wegen dieser Subvention sein Haus, aber die Subventionsgelder



werden natürlich schon eingesteckt. Es handelt sich also um einen klaren Mitnahme- und nicht um einen Auslöseeffekt, wie das die Befürworter immer beteuern.

Auch die Erklärung, dass damit das lokale Gewerbe unterstützt wird, ist nicht zutreffend. Erstens fliesst ein nicht unbedeutender Teil ins Ausland ab und zweitens ist unser Gewerbe auf die «Subventionspolitik» gar nicht angewiesen. Wir haben ein starkes, selbstbewusstes Gewerbe, dem viel mehr geholfen wäre, wenn die überbordende Bürokratie signifikant reduziert würde.

Man könnte das Ziel, den Energieverbrauch zu senken, mit anderen Massnahmen wirksamer erreichen. International gesehen haben wir jetzt schon eine extrem hohe Energieeffizienz. Wenn weitere Verbesserungen nur noch mit Subventionen erreicht werden können, ist das mit Sicherheit nicht nachhaltig und hat, wenn überhaupt, nur marginalste Klimaauswirkungen. Mit dem gleichen Geld könnte im Ausland ein x-faches an Wirkung erzielt werden. CO₂ ist ein globales und kein lokales Problem. Mehr als 99,9 Prozent der Emissionen werden im Ausland emittiert und zwar mit einer Technologie, die es bei uns seit Generationen nicht mehr gibt, nämlich Kohle.

In einem Interview in der «Basler Zeitung» vom 29. Oktober hat Christoph Buser, Wirtschaftskammerdirektor und Promotor der neuen Steuer, die nachfolgende denkwürdige Aussage gemacht: «Bei der Finanzierung musste man sich quasi zwischen Pest und Cholera entscheiden.» Kein gesunder Mensch entscheidet sich freiwillig für Pest oder Cholera.

Aber zuletzt die gute Nachricht: Die Stimmbürger müssen gar nicht eine der beiden lebensgefährlichen Krankheiten auswählen. Sie haben die Freiheit, sich mit zweimal Nein sowohl gegen Pest als auch gegen Cholera zu entscheiden.